

Olmerts Ohrfeige

von Reiner Bernstein, München

Von Yitzhak Rabin ist die bissige Bemerkung überliefert, dass die Deutschen im Nahen Osten tun können, was sie wollen, es sei egal: „Ihr spielt keine Rolle.“ Damals mag die Anzüglichkeit im Berliner Auswärtigen Amt lediglich mit einem Stirnrunzeln quittiert worden sein. Da sich mit den Osloer Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO eine grundlegende politische Wende anzukündigen schien, mochte ihr sogar eine gewisse Logik innewohnen, denn die Abschlüsse waren in der Tat ohne auswärtige Unterstützung zustande gekommen.

Unter völlig anderen Voraussetzungen hat Ehud Olmert in den vergangenen Tagen Rabins soldatische Schroffheit in die Formel verpackt, Israel verbitte sich jede moralische Kritik aus dem Ausland am militärischen Vorgehen gegen die Palästinenser im Gazastreifen. Hatten sich manche Generale während der zweiten Intifada mit der Behauptung damit gebrüstet, dass ihre Mannschaften die moralischsten Soldaten der Welt seien, so hätte man nach dem zweiten Libanon-Krieg annehmen können, dass sich der Ministerpräsident vorsichtiger ausdrückt. Schließlich waren – um das Mindeste zu sagen – einige Einheiten plündernd durch die Dörfer gezogen, weil der Nachschub versagte. Doch weit gefehlt. Olmert hat seine Kritik in einer Weise zugespitzt, die selbst seine treuesten Freunde vor den Kopf stoßen muss.

Auf Sicht kann sich keine auswärtige Regierung ständig mit der Verdauung solcher Selbstgerechtigkeiten begnügen, ohne sich schließlich an den Resten eigener Überzeugungen zu verschlucken. Angela Merkel hat in

Kürze Gelegenheit, diese Aussage einem Test zu unterziehen, die Bundesrepublik sei nach den USA die wichtigste Partnerin Israels auf internationalem Parkett. Wenn schon Frank-Walter Steinmeiers milde Mahnung, Israel müsse die Verhältnismäßigkeit beim Einsatz seiner militärischen Mittel wahren, in Jerusalem mit einer Handbewegung abgetan wird, so hat die Bundeskanzlerin während ihres offiziellen Besuchs Mitte März jede Gelegenheit, ein deutliches Wort „unter Freunden“ zu äußern. Denn es kann nicht angehen, dass Deutschland israelische Interessen im Rahmen der Europäischen Union und bei den Vereinten Nationen mit besonderer Sympathie wägt und unterstützt, während sich seine Spitzenvertreter in diplomatisches Schweigen hüllen, wenn die Regierung in Jerusalem einen Kurs verfolgt, der grundlegende Prinzipien des humanitären Völkerrechts leugnet.

Damit ist Hamas und seinen extremistischen Gliederungen kein politischer Freibrief ausgestellt. Wer über den seit Monaten andauernden Raketenbeschuss israelischer Ortschaften schweigt oder ihn als angeblich unvermeidlich toleriert, verkennt in politisch sträflicher Weise, dass ihnen Demokratie, „good governance“ und Rechtsstaatlichkeit wenig oder nichts bedeuten. Auch die israelische Regierung muss darauf beharren, ihre Bürger zu schützen. Doch wenn sie die Geltung jener Grundsätze, deren Leugnung sie auf der gegnerischen Seite beklagt und verurteilt, selbst nachdrücklich verletzt, wird sie sich nicht wundern dürfen, dass ihr eigener Anspruch zwischen den Mühlsteinen des Zweifels demoliert wird, die einzige Demokratie in der Region zu sein.

Wenn die Bundeskanzlerin über ihre bevorstehende Visite hinaus in Jerusalem ernst genommen werden möchte,

wird sie gut beraten sein, ihrer Amtsautorität Nachdruck zu verleihen. Denn die Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen war als Konsequenz des Menschheitsverbrechens am jüdischen Volk nicht als *carte blanche* für Regierungshandeln gemeint, das sich über Normen des Völkerrechts hochmütig hinwegsetzt. Merkel wird sich fragen müssen, ob es die deutsche Nahostpolitik auch künftig dabei belassen will, sich über die israelische Besatzungspolitik lediglich „besorgt“ zu äußern, und ob sie sich gegenüber den Palästinensern mit milliardenschweren Finanztransfers begnügt, während sie vor der Übernahme politischer Verantwortung zurückschreckt, die den Ideen des Friedens zwischen Israelis und Palästinensern zugute kommt.

Letzteres wäre ein Dienst, der auch dem vielbeschworenen internationalen Gewicht Deutschlands endlich in einer Weise Rechnung trägt, das sich nicht auf die Entsendung von militärischen Kontingenten in Krisenregionen und auf den Export von Rüstungsgütern stützt.

Der Autor ist Nahost-Historiker und lebt in München.